

Bezugspreis:

Wochenblatt 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M. einzahl. Zustellungsgebühr Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Ostpreußen, Ungarn und Dagestani 20.- M. für das übrige Ausland 27.- M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Estland, Litauen, Dänemark, Holland, Kurzbund, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Bildung und Kleingarten“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition kostet 1.50 M. „Kleinanzeigen“ bis 100 Zeilen 1.50 M. (gewöhnlich zwei fertige Zeilen), jedes weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen und Schließanzeigen das erste Wort 1.- M., jedes weitere Wort 50 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 2.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstr. 3 abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Morikplatz 151 95-97
Expedition Morikplatz 117 53-54

Freitag, den 15. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Interaktions-Abteilung Morikplatz 117 53-54

Schläge gegen Lloyd George.

London, 14. Juli. (W.B.) Der Gesundheitsminister Sir A. Mond erklärte im Unterhause, mit Rücksicht auf die finanzielle Lage, müßte die Zahl der unter Regierungsbeihilfe zu erbauenden Häuser auf 176 000 beschränkt bleiben. Die staatlichen Ausgaben würden sich wie folgt verteilen: Beihilfen für örtliche Zweckverbände 10 Millionen Pfund jährlich, Beihilfen für private Unternehmen etwa 5 Millionen Pfund Zuschüsse, für Verbesserungen und hygienische Einrichtungen 200 000 Pfund. Sir A. Mond fügte hinzu, die verfügbaren Arbeitskräfte einschließlich der zahlreichen ehemaligen Soldaten seien auf mindestens 12 Monate hinaus mit dem Häuserbau vollaus beschäftigt. Die Regierung habe keinen Grund, mit dem Erreichten unzufrieden zu sein. Hierauf verlas Minister ohne Vorlesung Dr. Addison sein Rücktrittsgesuch an Lloyd George, weil die Regierung den größten Teil seines Planes verworfen hatte, der den Bau von Häusern mit Hilfe von Regierungsgeldern vorsah. Addison betrachtete diese Entschlebung als einen Bruch der von der Regierung dem Volke gegebenen feierlichen Versprechungen.

Lloyd George geht hier konsequent den Weg weiter, der ihm die Feindschaft der unabhängigen Liberalen und der Arbeiterpartei zugezogen hat und der von einem großen Teil der Regierungskoalition selbst verurteilt wird. Während er der Schinerindustrie durch Schutzzölle und durch die Antidumping-Befehle weitgehende Unterstützung zuteil werden läßt, zieht er seine Hand von der notleidenden Bevölkerung vollkommen zurück. Den Bergarbeitern nahm er den Regierungsschutz bei Lohnunterschieden, den Handarbeitern wird durch ein Gesetz, das augenblicklich beraten wird, gleichfalls das nationale Lohnregulierungsamt genommen. Das alles waren „Kriegsmaßnahmen“, die jetzt nicht mehr nötig sind! Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan... Und Häuserbau für die, denen der Krieg die Wohnung nahm — immer langsam voran.

Den Dank der Reich'en erntet Lloyd George aber trotzdem nicht. Northcliffe's Organ „Times“ schleudert gegen den Ministerpräsidenten und seinen Außenminister eine ganze Artikelserie, um zu verhindern, daß England auf der Konferenz von Washington durch sie vertreten wird. Ob man auf dieser Seite hofft, bis dahin ein neues Ministerium zustande zu bringen? Vorläufig versucht Lloyd George auch den „Sparankheits“-Parteien gegenüber den starken Mann zu spielen. Er hat mit der Northcliffe-Presse alle ministeriellen Verbindungen abbrechen lassen und ihren Vertretern, die im Auswärtigen Amt besonders gut bedient zu werden gewohnt sind, die Tür von außen zeigen lassen.

Der Rücktritt Addisons und der Konflikt mit der Northcliffe-Presse zeigt von neuem, daß die Stellung Lloyd Georges heute nicht mehr unerschütterlich ist.

Abrüstung der englischen Landmacht.

London, 15. Juli. (W.B.) Einer Mitteilung des Kriegsamtes zufolge ist die Stärke der territorialen Armee gegenüber der Zeit vor dem Kriege um 40 Infanterie-Bataillone vermindert worden und beträgt jetzt 180 Bataillone mit einer Gesamtstärke von 4704 Offizieren und 114 240 Mann, die Küstenverteidigung ist mit Rücksicht auf die verminderte Gefahr einer Invasion völlig den königlichen Garde-Artillerie- und Pioniertruppen übertragen worden. Diese Maßnahmen erbringen eine Ersparnis von 390 Millionen Pfund Sterling pro Jahr. In der „Morningpost“ schreibt ein Militärkorrespondent, es verlaute, daß die Regierung beschlossen habe, das Heeresbudget um 25 Prozent zu vermindern. Der Korrespondent erhebt gegen diese Maßnahmen als eine Gefährdung der Sicherheit des Landes Einspruch.

Amerika gegen die Vorkonferenz.

Washington, 15. Juli. (Havas.) Es wird gemeldet, daß die amerikanische Regierung die Anregung der britischen Regierung nicht günstig aufgenommen habe, wonach eine Vorkonferenz über die Fragen des Stillen Ozeans stattfinden solle, bevor die Konferenz nach Washington über die Entwaffnungsfragen einberufen werde. Man sei in Washington der Ansicht, daß die zwei Konferenzen in der Hauptstadt der Vereinigten Staaten stattfinden sollen.

Amerikanischer Kredit für Deutschland.

New York, 15. Juli. (H.) Die Kreditgewährungen für Deutschland sind, wie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ erfährt, gut im Gange. Sechs Transaktionen in Höhe von sechzig Millionen Dollar sind in der Schweiz, darunter eine von neun Millionen Dollar für die Getreideeinfuhrstelle. Die „New York Tribune“, sonst deutschfeindlich, verlangt, Amerika solle das deutsche Eigentum freigegeben.

Briand gegen Schiffer.

Paris, 14. Juli. (Havas.) Infolge der jüngsten Erklärungen des deutschen Reichsjustizministers haben einige Journalisten Ministerpräsident Briand befragt, was er von den Äußerungen Schiffers halte. Briand antwortete lächelnd:

Ich bedaure Schiffer, daß er durch das Amt, das er ausübt, in die grausame Notwendigkeit veretzt wurde, den Standhaften Freispruch des Generals Stenger durch den Leipziger Gerichtshof und die anderen Urteile, welche Entrüstung in Belgien und Großbritannien (?) hervorgerufen haben, zu decken. Es ist ein Glück, daß Schiffer sich nicht ebenfalls durch sein Amt verpflichtet glaubte, die unqualifizierbaren Manifestationen der Menge gegen die Delegierten, mit deren Entsendung nach Leipzig Frankreich den Gerichtshof geehrt hatte, zu entschuldigen. Wenn man die deutschen Zeitungen liest, die von fortgesetzten Herausforderungen angefüllt sind, wenn man die verabscheuungswürdigen Taten (der Polen doch wohl?) erlebt, die sich jetzt in Oberschlesien abgespielt haben, kann es niemand in den Sinn kommen, daß es Frankreich sein soll, das den Haß großzieht, auf die Gefahr hin, den Augenblick hinauszuschleppen, wo es den beiden Völkern möglich sein wird, normale Beziehungen wieder aufzunehmen. Wie es auch sein mag, ich hoffe, daß die Zurücknahme unserer Ätten und die Zurückberufung unserer Abgesandten zum mindesten bewirkt haben werden, unseren Freunden und Verbündeten, die in Leipzig geblieben sind, den Ruhm einer besseren Gerechtigkeit zuzuwenden zu lassen. Und das ist immerhin schon etwas.

Briand versteckt hinter der Maske des Spotts sehr geschickt den Mißerfolg, den er mit seinem Schritt bei den anderen Entente-mächten gehabt hat. Frankreichs Absicht war es bekanntlich, durch die Zurückziehung der französischen Justizkommission und der französischen Zeugen ein gemeinsames Vorgehen der Entente herbeizuführen, das die Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher vor Entente-gerichten bezweckte. Nach den Äußerungen Briands ist anzunehmen, daß es mit den französischen Maßnahmen sein Bewenden haben wird.

Die irische Konferenz.

London, 15. Juli. (W.B.) De Valera und Lloyd George haben allein an der Unterredung in Downingstreet, die drei Stunden dauerte, teilgenommen. De Valera war von Arthur O'Brien und von dem Kommandanten Barton begleitet, doch blieben beide Herren während der Unterredung in einem anderen Zimmer. Ueber diese Zusammenkunft wurde keine offizielle Mitteilung gemacht. Sofort nach deren Schluß ging Lloyd George zum König, um Bericht zu erstatten. Bei einem politischen Diner am gleichen Abend sagte der Ministerpräsident, daß der König die Friedensverhandlungen mit dem größten Interesse verfolgte. Ueber seine Unterredung mit De Valera sagte er nur, daß die aufrichtigsten Anstrengungen gemacht wurden, um die Schwierigkeiten des Problems zu überwinden. Zum ersten Male seit seiner Ankunft hat De Valera Journalisten empfangen, doch hat er ihnen sehr wenig gesagt. Er erklärte diese seine Zurückhaltung mit dem Wunsche, die Lage nicht zu komplizieren; doch hat er seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß niemals die Hoffnung auf Frieden zwischen Irland und England besser gewesen sei. Spät am Abend wurde offiziell mitgeteilt, daß die Unterredung zwischen Lloyd George und De Valera heute, Freitag, um 11 Uhr, fortgesetzt wird.

London, 15. Juli. (W.B.) Wie der politische Korrespondent der „Daily Chronicle“ erfährt, legt De Valera noch immer Nachdruck auf die Einheit Irlands. Die Regierung hofft, eine Konferenz zwischen der nord- und südlichen Delegation zu ermöglichen.

Schon wieder die Reichswehr.

Bedenkliche Warnnachrichten kommen aus den Kreisen der Arbeiter aus Hammerstein in Pommern an uns. In Hammerstein scheinen die Rechtsparteien es schon seit einiger Zeit auf Provokationen der Arbeiterschaft abgesehen zu haben. Das hat bisher zu verschiedenen Konflikten geführt, die sich dadurch verstärkt haben, daß die rechtsstehenden Kreise nunmehr Hilfe von Reichswehrtruppen erhalten haben. Die Einigkeit der gesamten Arbeiterschaft in Hammerstein, von den Sozialdemokraten bis zu den Kommunisten zeigt, daß es sich um Vorgänge handelt, die nicht aus Dummheiten einzelner Ueberredbarer entstanden sein können. Jetzt sind die Zustände in Hammerstein soweit gediehen, daß die Reichswehr an der Hand einer Liste alle Arbeiterführer „persönlich kennen zu lernen“ versucht. Aus den Brüggelern und Uebergriffen kann sündlich ein Blutvergießen entstehen. Das Gewerkschaftsstatute hat zum Glück inzwischen durchgekehrt, daß dem Militär das Betreten der Stadt verboten worden ist. Der Reichswehrminister ist ebenfalls aufmerksam gemacht worden.

Uns erscheint dringend notwendig, daß die zuständigen Stellen sofort durchgreifende Maßnahmen treffen, um Mord und Totschlag in Hammerstein zu verhindern, und daß sie sich selbst durch Augenblicke von den Tatbeständen überzeugen. Das Gewerkschaftsstatute ist zu jeder Auskunft gern bereit.

Im Namen der Demagogie!

„Im Namen der Partei!“ überschreibt die „Kreuzzeitung“ einen Artikel, in dem sie gegen die Sozialdemokratie den lächerlichen Vorwurf erhebt, sie wolle die Justiz zu einer sozialdemokratischen Parteisache machen.

Man muß die Herren von der „Kreuzzeitung“, die mit blindem Eifer die Justiz des kaiserlichen Deutschland verherrlichen, fragen: Warum stempelt Ihr die Angelegenheit der Richter zu Eurer Parteisache? Ihr tobt, weil die Justiz ihre Urteile nicht mehr „Im Namen des Königs“ ausfertigt und vollstreckt und lo bi doch die Urteile in Leipzig, die „Im Namen des Reiches“ gefällt werden. Wo ist da die Objektivität, die „in dem immer roher werdenden Partiestreit“ ausgerechnet die „Kreuzzeitung“ „täglich schmerzlicher vermißt“?

Die Stellung der Rückwärtsparteien zu den Fragen des Rechts und der Richter ist sehr einfach. Man betont, daß bis zum 10. November 1918 die deutschen Richter mit einer Objektivität gerichtet hätten, wie sie von dem Geist unbestechlicher Gerechtigkeit gefordert und von der Abgeklärtheit des Alters bewundert wird. Seither verlange man es umgekehrt. Das sei eben die Folge der bösen Revolution.

Wie sieht es denn mit der Objektivität und der Unabhängigkeit der Richter und des Rechtes aus? Die geschriebenen Paragraphen sind der Niederlag der zu einer bestimmten Zeit herrschenden Moral und Sittenauffassung. Der Richterstand, der immer aus der herrschenden Klasse herauswuchs, hatte stets die gleiche Auffassung über Sitte und Recht, wie sie das geschriebene Gesetz ausdrückte. Die Gesetze sind nicht die Berggegenständlichkeit eines Rechts, das über den Wolken schwebt. Sie sind häufig genug der reichlich ungenutzte Niederlag der Anschauungen und Ideen, die in der Oberkaste eines Volkes — oft nur mit dem Mund und nicht einmal immer mit der Tat — vertreten werden.

Man braucht nur die Geschichte des Rechts zu studieren, nur um ein Jahrhundert zurückzugehen, und man kann an tausend Beispielen beweisen, was es mit der Objektivität des Rechts auf sich hat.

Im allgemeinen Landrecht Friedrichs II. das allerdings erst 1794 Befestigung erlangte, haben wir Artikel, die von dem Rechte der Wägen sprechen, Ehen zur linken Hand zu schließen. Und Friedrich Wilhelm II. hatte bekanntlich in Auswirkung dieses Grundgesetzes eine Frau zur rechten Hand, eine zur linken Hand und außerdem noch eine Kon-tubine. Der Prolet, der das damals zu kritisieren gewagt hätte, wäre aus verschiedenen Gründen, im besonderen aber auch deswegen von jedem „objektiven“ Richter verurteilt worden, weil er es gewagt habe, ein geschliches Recht, also einen sittlichen Grundsatz des Adels, zu kritisieren.

Die „Kreuzzeitung“ ist aus verschiedenen Gründen gegen die Rechtsprechung durch das Volk. Schon die Formel dieses neuen Rechts „Im Namen des Volkes“ sei rechtswidrig, weil sie revolutionären Ursprunges ist. Auch hier lassen die Verteidiger des Alten jede Fähigkeit geschichtlichen Sehens vermissen. Wie sind denn die Hohenzollern nach Brandenburg gekommen? Mit Feuer und Schwert, durch Schädel einschlagen und Landesverweilung haben sie die Formel „Im Namen des Königs“ durchzusetzen gewußt! Der Stadt Berlin haben sie das Recht, Urteile zu sprechen, jahrelangtelang genommen. War das nicht „revolutionär“?

Die „Kreuzzeitung“ trägt jetzt wieder das Motto „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“. Als das alte Recht des Königs nach ihrer Auffassung vor die Hunde ging, da stellte sie sich nicht hin und schrieb Artikel gegen das neue Recht „Im Namen der Partei“. Sie tat etwas ganz anderes. Sie versteckte ihre Flagge und zog eine neue auf. Ueberdies erinnern wir uns noch eines Zeugen für das revolutionäre Recht, eines Zeugen, den sicher auch die „Kreuzzeitung“ anerkennt, es ist Bismarck. Die Redaktionsritter des Blattes mit dem Kreuz mögen nur in Sybels „Geschichte der Entstehung des Deutschen Reiches“ etwas nachlesen.

Es war 1866 und Bismarck wollte ein halbes Duzend Thronchen beseitigen. Die Besitzer dieser monarchischen Utensilien wandten sich an den russischen Zaren. Dieser schrieb an den König Wilhelm einen entrüsteten Brief, in dem er betonte, daß Preußen durch die geplanten Entthronungen den Bestand des monarchischen Gedankens gefährde. Was man heute den Hannoveranern tue, das könne morgen mit dem gleichen Recht den Preußen geschehen. Darauf schickte man einen leibhaftigen General, Manteuffel, zur Beruhigung nach Petersburg. Bismarck gab ihm im Einverständnis mit dem König Instruktionen mit. Sie lauten eindeutig: entweder habe der Zar sich damit einverstanden zu erklären, was Preußen wolle, oder man werde in Deutschland die Revolution entfesseln! Nun, man einigte sich. Und in der öffentlichen Verkündigung der Thronbeseitigungen hieß es, der Hannoveraner und seine Freunde hätten den Entscheid der Waffen angerufen, dieser sei gegen sie ausgefallen. Deswegen müßten sie „nach Gottes Ratsschluß“ verschwinden. Das war tatsächlich Recht „Im Namen des Königs“.

Das alte Regierungssystem, die Hohenzollern und die Leute der „Kreuzzeitung“ haben ebenfalls den Entscheid der Waffen angerufen. Das Volk in seiner überwältigenden Mehrheit entschied am 10. November gegen sie. Sonst hätten wir heute keine Republik. Das will man aber nicht einsehen. Man hat ja auch ganz andere Gründe.

Die Reaktionenäre und die Mehrzahl der Richter befürchten gemeinsam, daß ein neuzeitliches Element in Erscheinung treten, daß juristisch nicht approbierte und gestimmte Menschen sich in den Richterstuhl setzen könnten. Da bisher der Richterstand in seiner Gesamtheit immer für den Schutz des Alten, für die Wiederkehr der früheren Zustände eingetreten ist und eintritt, so will man sich dieses Bollwerk erhalten. Man schreibt „Feurio“, weil es im eigenen Herrenhause brennt. Wir haben dafür volles Verständnis, aber gerade deswegen werden wir uns nicht davon abhalten lassen, die weiterverbreitete Weltfremdheit und bewußt handelnde Reaktion unter den Richtern mit allen Mitteln, die die Republik uns in die Hand gibt, zu bekämpfen.

Sähen heute schon einige hundert der gefürchteten Arbeitersekretäre auf deutschen Richterstühlen, sie bildeten ein nur sehr bescheidenes Gegengewicht gegen die homogene Masse der Richter, die in den politischen und sozialen Vorurteilen eines verunklärten Zeitalters aufgewachsen sind.

In ihrem Bestreben, die offensiblen Schäden der deutschen Rechtsprechung zu heilen, wird sich die Sozialdemokratische Partei nicht einschüchtern und nicht aufhalten lassen durch einen wüsten Kampf, der gegen sie und ihre Forderungen geführt wird im Namen und mit den Mitteln der reaktionären Demagogie!

Kabinett Stegerwald am Marterpfahl.

Die gestrige Anklagerede, die Genosse Heilmann im Preussischen Landtag gegen das Kabinett Stegerwald hielt, hat fürchterlich in dessen Reihen eingeschlagen. Schon rein äußerlich bot die Ministerbank, während Genosse Heilmann auf Grund umfassenden Sachmaterials Schlag für Schlag auf sie niedersausen ließ, das komische Bild völliger Ratlosigkeit und Konfession.

Zuerst sah man Herrn Sämis, den „Fachminister“ der Finanzen, als ihm seine im Gegensatz zu allen Versprechungen trostlose Finanzwirtschaft, sein Versagen bei der einfachen Austeritätsregelung an das Parlament, seine Dotation an den Prinzen Friedrich Leopold vorgehalten, und schließlich noch die im Schoße des Ministeriums ausgeheckte Schiebung mit dem Hohenzollernvermögen enthüllt wurde, wie von Wespen gestochen von seinem Stuhle aufspringen. Er, der die Reden des Deutschnationalen Becker und des stimmbegabten politischen Reichnams Wiemer mit wohlgefälligem Kopfnicken angehört hatte, redete jetzt mit aufgeregten Handgesten auf seine Ministerkollegen ein, ließ dann hilfesuchend zu seinen Geheimräten, denen er auseinanderlegte, daß natürlich alle Angriffe gegen ihn unrichtig seien, aber man möge ihm doch sagen, was er darauf antworten solle! Dann meldete er sich beim Präsidium zum Wort, fügte aber, nach dem Bericht eines Ohrenzeugen seiner Wortmeldung die naive Bemerkung bei, er wolle so in der Rednerliste placiert werden, daß Heilmann ihm nicht noch einmal antworten könne!

Dann kam Herr Dominicus an die Reihe. Als ihm vorgehalten wurde, wie er seinen Parteifreund Fiehn, den Landrat des Kreises Königsberg i. N., trotz des Zusammenbruchs aller deutschnationalen Verleumdungen gemahregelt, und den Führer der Heftkampagne gegen Fiehn, den deutschnationalen Abgeordneten v. D. Osten an seine Stelle gesetzt habe, suchte er seine grenzenlose Verlegenheit hinter nervösem Lachen zu verbergen.

Herr Stegerwald verlor auch die äußere Fassung. Seine Vereiztheit entlud sich in längeren Zwischenrufen, die von der Ministerbank aus im allgemeinen nicht üblich sind. Seine Verteidigungsrede am Schluß der Sitzung war nach allgemeinem Urteil vollkommen matt und sachlich inhaltslos.

Pflanzlicher Sommerschlaf.

Während bei uns die warme Jahreszeit die Zeit des Vollwuchses und des Fruchtens der Gewächse ist, bedeutet sie in den Tropen eine schwere Gefahr für viele Pflanzen. Um sich dieser Gefahr zu entziehen, verfallen zahlreiche Tropengewächse in einen der Winterruhe unserer Gewächse entsprechenden Sommerschlaf.

Als Ursache dieser sommerlichen Ruhezeit kommt fast ausschließlich und überall der nahezu vollständige Mangel an Wasser in Betracht. Es gibt in den Tropen Gegenden, in denen monatelang kein Tropfen Wasser vom Himmel fällt. Auf der im Nordwesten von Afrika gelegenen Kapverdischen Insel Sao Vicente pfliegt es z. B. überhaupt nur einmal im Jahr und auf den übrigen der Inseln sogar nur einmal innerhalb sechs Jahren zu regnen. Nun weisen ja nicht alle tropischen Länder derart abnorme Regenverhältnisse auf; gleichwohl zwingt sie immerhin lang genug dauernde sommerliche Regenlosigkeit die Pflanzen zu möglicher Einschränkung ihrer Transpiration. Zu diesem Zweck werfen viele tropische Bäume im Laufe des Sommers ihre Blätter ab, so daß also, ebenso wie bei uns im Winter, die Bäume laß da stehen.

Wertwürdigerweise ist jedoch die Dauer dieses Sommerschlafs der Tropenbäume ganz verschieden. Auf Java z. B. gibt es Bäume, deren Ruhepause nur ein paar Tage währt, worauf sie sich trotz der trockenen Hitze, gleich wieder belauben. Andere bleiben bis zu zwei Monaten völlig unbelaubt, während manche Bäume im Verlauf des Sommers zwei-, dreimal ruhen und sich dann immer wieder belauben. Die sommerliche Dürre ist auch die Ursache, warum man in den Tropen soviel mehr Holz- als Krautpflanzen antrifft. Auf Java beispielsweise nicht weniger als 1500 wildwachsende Baumarten, wogegen Deutschland an einheimischen Bäumen kaum 30 aufweist, gegen eine wiederum nach Tausenden zählende Menge krautartiger Gewächse, die in den Tropen die Trockenheit nur in den wenigsten Fällen zu überleben vermögen.

Sehr schwierig ist eine Anpassung für die europäischen Baumarten, die nach den Tropen verpflanzt werden. Sie sind die Winterruhe gewöhnt und sollen sich nun auf einmal zu einer sommerlichen Ruhezeit bequemen. So wurden vor wenigen Jahren deutsche Apfel- und Birnbäume nach Sumatra verpflanzt. Man konnte da die interessante Beobachtung machen, daß die deutschen Bäume dem tropischen Klima zunächst hilflos gegenüberstanden: die einen warfen die Blätter zur gewohnten Zeit ab, die anderen warfen sie ebenfalls ab, belaubten sich aber sofort wieder frisch, während die übrigen weder eine Sommer- noch eine Winterruhe einhielten, sondern ihre Blätter das ganze Jahr hindurch behielten. Wertwürdig ist übrigens auch das seine Gefühl mancher Tropenbäume für die Dauer ihres Sommerschlafs. Manche Azien-

Am künftigen verhielt sich der Landwirtschaftsminister Herr Warmbold. Er steckte vorsichtig ein paar mal seine Rasenspiße durch die Portiere des Einganges, um zu sehen, ob Heilmann noch rede. Dann zog er es vor, schleunigst zu verschwinden, so daß im Hause der Eindruck entstand, Herr Warmbold wolle unseren Redner beiseite nicht durch seinen persönlichen Anblick zu einer Abrechnung auch noch mit ihm reizen!

Selbst die „Deutsche Tageszeitung“, deren Hauptredakteur Becker gestern durch Heilmann eine Abfuhr erteilt, die eine überwältigende Beifallsdemonstration auslöste, gesteht zu, daß Heilmann rednerisch einen glänzenden Tag gehabt habe und Stegerwald ihm rednerisch nicht gewachsen sei. Um so komischer macht sich daneben die Behauptung der „Kreuzzeitung“, Heilmann sei tüchtig „auf die Nase gefallen“ und hätte „blamiert abziehen“ müssen. Am meisten freut sich die „Kreuzzeitung“ über das dröhnende Gelächter, das die Rechte antstimmte, als Heilmann sich einen internationalen deutschen Sozialisten nannte. Die „Kreuzzeitung“ hält das nämlich ebenfalls für einen falschen Jungenschlag.

Wir glauben gern, daß das Gehirn der Herren von der Rechten nicht ausreicht, um zu erkennen, daß dieser voll beabsichtigte Ausdruck eben nicht den inneren Widerspruch enthält, den die Deutschnationalen in ihrer Beschränktheit darin sehen. Uebrigens lachte nicht, wie die „Kreuzzeitung“ behauptet, das ganze Haus, im Gegenteil, selbst im Zentrum war man über diese begriffsstutzige Vacherei der Rechten sehr ärgerlich.

Berwundern muß es, daß die „Bosnische Zeitung“ meint, Heilmanns Rede habe erheblich geringere Schärfe aufgewiesen, als man erwartet habe. Auf was muß sie danach gefaßt gewesen sein! Dagegen stellt die „Freiheit“ richtig fest, daß Heilmanns Rede als Ganzes betrachtet, dem Kabinett Stegerwald sicher sehr unangenehm und Stegerwalds Erwiderung von kläglich hilflosigkeit war.

Der Reichsrat gegen die Frauen.

Den Gesetzentwurf über die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenengericht, der bestimmt, daß die Schöffen- und Geschworenengerichte ohne Rücksicht auf das Geschlecht gebildet werden können, haben die Ausschüsse des Reichsrats abgelehnt. In der gestrigen Vollsitzung wandte sich namens der bayerischen Regierung der Gesandte von Preger aufs entschiedenste gegen den Entwurf. Nachdem Staatssekretär Joel erklärt hatte, daß die Reichsregierung nach wie vor erheblichen Wert auf die Vorlage lege, wurde in der Abstimmung im Plenum der Gesetzentwurf mit 31 gegen 31 Stimmen, also mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Ein merkwürdiger Protest.

Eine bekannte Berliner Korrespondenz verbreitet die folgende Nachricht:

„Dem Reichsrat ist bekanntlich am 1. Juli ein angeblich gieren bei ihrer Entlassung zustehenden Verforgungsgebühren im Falle anderweitiger, aus gewinnbringender Beschäftigung stammenden Privateinnahmen bis zu einer gewissen Höhe gekürzt bzw. gestundet werden. Die ganze Form des Gesetzes und sein Aufbau der bei weitem die schlimmsten Befürchtungen der davon betroffenen Kreise überstieg, hat den schärfsten Protest in Offizier, aber auch, obwohl diese weniger davon betroffen werden, in Beamtenkreisen hervorgerufen. Wie wir hören, haben alle Ministerien und Behörden, sowie alle Beamtenorganisationen gegen dieses Gesetz beim Reichsrat protestiert, so daß dieser es in der ihm vorgelegten Form abgelehnt und zur Neubearbeitung an das Reichsfinanzministerium zurückgegeben hat. An eine Wiedervorlage an den Reichsrat vor dem 1. Oktober ist kaum zu denken.“

Ehe der Tatbestand, wie ihn die vorstehende Meldung gibt, nachgeprüft ist, wollen wir uns nicht über die merkwürdige Art äußern, wie hier ein notwendiger Gesetzentwurf

verhindert werden soll, an den Reichstag zu gelangen. Sachlich muß aber schon heute festgestellt werden, daß die derzeitigen Pensionsgesetze dringender einer Aenderung bedürfen. Heute ist es so, daß ein Beamter oder ein Offizier, der den Staatsdienst verläßt, für sein ferneres Leben die volle Pension bezieht, wenn er auch in einer glänzenden Privatstellung jährlich Hunderttausende von Mark verdient. Nur in dem Falle, daß ein Offizier oder ein Beamter in eine andere Staatsstellung eintritt oder einberufen wird, rechnet man die Pension auf das Gehalt an.

Die Umwälzung hat eine große Anzahl von Offizieren überflüssig gemacht, viele Beamte sind aus dem Staatsdienst ausgeschieden, weil ihnen die „ganze neue Richtung“ nicht paßt. Der Nachweis der Pensionsnotwendigkeit ist in den letzten Jahren immer leichter geworden. Und allen diesen Leuten, von denen ein großer Teil längst wieder in gut dotierten Privatstellungen ist, soll der verarmte Staat die im besonderen bei höheren Beamten und Offizieren ganz bedeutenden Pensionen als Extraverdienst weiterzahlen! Dieses offensiblen Unrecht gegenüber der Allgemeinheit muß durch eine Aenderung der Pensionsbestimmungen beseitigt werden. Diesem Zweck dient der bekanntgewordene Entwurf. Die Wünsche des Reichsfinanzministeriums waren dabei überdies außerordentlich bescheidene. Im besonderen würden durch die Aenderungen die Pensionäre, die keinen, nur unzureichenden oder nicht erheblichen Nebenverdienst haben, in ihren Bezügen nicht gekürzt werden. Und dennoch das organisierte Geschrei über einen Raub wohlverdienter Rechte! Das Reich mag bei diesen Leuten finanziell zusammenbrechen, wenn nur jeder Generaldirektor, der Hauptmann a. D. ist, noch seine Pensionstoufender schlucken kann.

Eine Rahr-Blamage.

München, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute morgen erfolgte die Bekanntgabe von der Einstellung der Untersuchung gegen den Vorstand des Republikanischen Reichsbundes in Bayern, Hauptmann a. D. Schüßinger und Genossen. Die nunmehr gescheiterte Aktion brachte den Kampf der Münchener Polizei gegen alles, was republikanisch ist, mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Mit großem Lärm wurde am 30. Januar die Hausdurchsuchung bei dem Vorstehenden, das Verbot des Republikanischen Reichsbundes und die Einleitung eines Verfahrens wegen Verbrechens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 (Zusammenfassung von Personen zu Verbänden militärischer Art ohne Genehmigung der zuständigen Dienststelle) in die deutsche Presse hinausposaunt. Während aber die bayerische Justiz es verstanden hat, politische Verbrechen, die ihr eine einfache Handhabung bieten, in wenigen Tagen zur Aburteilung zu bringen, sah sie sich veranlaßt, das „Verbrechen“, das in einer Bestrebung zum Schutze der Republik gegen Putschversuche bestand, über ein halbes Jahr gegen den Angeeschuldigten sich hinzuziehen zu lassen, bevor sie sich unter dem Zwang der Tatsachen zu einer Rehabilitierung des schwer angeklagten Mannes entschloß. Auf wiederholtes parlamentarische Drängen der Sozialdemokratie wurden die sich ihrer Blamage bewußten Justizbehörden zu einer Durchführung der Voruntersuchung veranlaßt, die am 12. Mai abgeschlossen war. Und nun brauchte man noch volle zwei Monate, um sich über die Einstellung des Verfahrens schlüssig zu werden.

Der Entscheid der Strafkammer des Landgerichts München I stellt fest, daß die Gründung der fraglichen „Behrbeitung“ keineswegs als ein Unternehmen im Sinne der Verordnung des Reichspräsidenten betrachtet werden könne, da weder bindende Beschlüsse noch überhaupt die Voraussetzungen für einen militärischen Zusammenschluß vorhanden gewesen seien.

München, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Riesbacher Anzeiger“ verhöhnt den Reichsminister Dr. Wirth in einem Artikel, in dem er ihn den Treuhänder der Franzosen nennt. Er unterschreibt ihm die Worte: „Der deutsche Geist, so minderwertig er auch im Vergleich mit dem französischen ist, laßt sich eben nicht abschaffen. Er beklagt das Selbst und hofft, daß die Weisheit und Menschenfreundlichkeit der hohen Alliierten Wandel schaffe.“ Der ganze Artikel strotzt von Gehässigkeiten und bewußten Verleumdungen der Reichsregierung.

Bäume der afrikanischen Steppe blühen immer unmittelbar vor dem Beginn der Regenzeit auf und sind darin so pünktlich, daß sie den Eingeborenen direkt als Wetterpropheten oder richtiger als Kalender dienen. Denn der Eintritt ihrer Blüte ist ein untrügliches Zeichen dafür, daß die Trockenperiode unwiderruflich beendet ist.

Die Schauspieler der Egi-Bühne. Diese Tiroler ernten in Berlin diesen Ruhm. Sie nehmen ihre Arbeit nicht nur ernst, sie sind auch sehr begabt und vortrefflich geschult. Sie sind volkstümlich, ohne schlach zu werden. Das Beste ihrer Arbeit ist der Eifer, bis ins kleinste Pünktlein alles auszuführen. Weibsteu, um beim tirolischen und sachlichen Deutsch zu bleiben, stehen gehorham und abhängig unter der Fuchtel des Regisseurs; sie sind immerhin gelehrig. Man kann etwas mit ihnen beginnen, aber die große Natur fehlt.

Frau Egi selber, die als Schönheitsfrau Frau Sulner am reifsten und reinsten war, lebt von großer Weichheit. Sie scheint, selbst am Anfang, eher eine weltliche Schauspielerin als eine bäuerliche. Das Unmutige, das Schnippische und auch das Demütige gelingt ihr. Alles aber, was einen Ausbruch der Innwendigkeit erfordert, versiegt bald. Daß sie aber der Berechnung so weit zugänglich ist, beweist wieder ihre sehr nützliche Begabung.

Die Egi-Bühne sollte uns, bevor sie weggeht, ein modernes hochdeutsches, der bürchlichen Welt entrücktes Stück spielen. Die Künstler erzählen, daß sie so etwas in Innsbruck tun, wo Egi „Kammerspiele“ à la Max Reinhardt begründet hat. Wir sind neugierig, wie sie das machen. Für den Erfolg der Frau Egi, die im Tiroler Dialekt häufig mott wird, braucht man nicht zu bangen. Und die Mannstute! Zwei Charaktere, zwei gleich, stehen ihrer Truppe zur Verfügung: Eduard und Ludwig Auer. Auer ist ein ganz Schnurriger. Er kann ein halbdri-Beckel von unbändiger Säuerausgelassenheit sein, aber auch ein lebensmüder Achtziger. Welch weiter Weg, welch weitgespannte Verwandlung! Köst verfügt mehr über die Verstandesfähigkeit, er ist der Steinkopferhanns, aber auch das verschlagene Schneiderlein aus dem „Weibsteufl“. Er ist der Schlaue, der Schmuggler, der Sackte, der Dämpfer. Ferdinand Egi spielt überhaupt alles, was jugendlicher Liebhaber, Mann und Heldentatter ist, viele Fächer, und ein starker, oft wiederkehrender Ton, eine Methode des Sprechens, des Schlußens, des Bildens, des Hüftballens und Jungenschnalzens, die sehr charakteristisch ist, im Ganzen famos Komödiantentum und Routine, die freut.

Eine eigenartige Künstlerschaft. Anfang Oktober geht von New York ein Dreimonatshöner auf eine zweijährige Abenteuerreise in See. Die Mannschaft besteht aus neun jungen Künstlern und Dichtern, die sehr ausgewählt werden und zwar nach Gesichtspunkten wie Handfertigkeit, allgemeine Kultur, originales Denken, Reiseerfahrungen, physischer Mut und seemannische Kenntnisse. Das Ziel der poetischen Rehenden ist, Material für Bücher und Artikel über primitive Architektur, Kunst, Tanz, Pantomimen, Prozeduren und Mythologie der Eingeborenen der Länder zu sammeln, die auf der Reise berührt werden.

Die Idee dieser Reise geht aus von Dr. Victor D. Freyburg, dem Herausgeber des „Swedish-American Trade Journal“,

dessen Laufbahn phantastisch genug ist: Kinderhirt in Kanjas, Student der Yale-Universität, Lehrer für Englisch an einer Marineakademie, Forscher des Lebens und der Sitten der Vögel, während des Krieges Kommandeur eines U-Boot-Jägers. Das Unternehmen wird aus genossenschaftlicher Basis durchgeführt; sämtlicher Verdienst an dem Verkauf von Büchern, Skizzen und Photographien soll unter alle Reiseteilnehmer gleichmäßig verteilt werden.

Augensprache und Ohrensprache. Wir bewundern heute die Anschaulichkeit und Kraft des Ausdrucks, die sich in den Dichtungen primitiver Kulturen oder volkstümlicher Kreise findet, und wir sehen mit Recht einen Grund dafür in der Tatsache, daß bei den der Schrift unkundigen oder sie wenig benutzenden Erzählern das gesprochene Wort eine ganz andere Bedeutung besitzt als bei uns. Für uns, die wir Dichtungen hauptsächlich lesen, ist die Sprache zu einer Augensprache geworden, während sie dem primitiven Menschen Ohrensprache geblieben ist.

Die tiefgreifende Bedeutung dieses wenig beachteten Unterschiedes hebt Dr. Heinz Potthoff in der Diederichschen „Lat“ hervor. Der Einfluß des Schreibens und Lesens auf die Sprache ist höchst unglücklich gewesen; sie ist dadurch flach und langlos geworden. Diejenigen Menschen, die wenig lesen, haben sich ein stärkeres Gefühl für klingende Sprache bewahrt, und zweifellos ist dieser Unterschied der Sprachübermittlung ein Grund mit dafür, warum zwischen den verschiedenen Bildungsschichten und Berufsgruppen, zwischen Stadt und Land so viele Mißverständnisse bestehen und die Verständigung so schwer ist.

Der wichtigste Einfluß des Auges auf die Sprache ist wohl der auf den Sargbau, und die Sargungeläute, denen wir heute allenthalben bei unseren Schriftstellern begegnen, wären unmöglich, wenn sie beim Schreiben laut gesprochen würden. Wenn aber eine unserer besten Romanautorinnen den Satz: „Bene lehnte den Kopf“ usw. oder wenn ein Dramatiker sich den Vers: „Sein Sein, sein Denken“ usw. ein einziges Mal laut vorlesen hätten, so müßten sie gemerkt haben, daß ihre Feder stotterte. Solche häßlichen Wiederholungen, wie z. B.: „Wenn er wüßte, daß das das das Ende wäre“, findet man immerfort. Wenn ein lyrischer Dichter das Wort „Duftgestiebe“ bildet, um den Frühling anschaulich zu machen, so kann es nur ein sehr geschickter Vorleser beim Vortrag des Gedichtes verhindern, daß der Hörer „duftige Stiebel“ versteht.

Potthoff verlangt daher mit Recht, daß wir wieder mehr laut lesen, uns selbst und anderen vorlesen müssen, um unser durch die Augensprache abgestumpftes Gefühl zur Sprachschönheit zu verfeinern.

Spezialänderung. Im Theater in der Kommandantenstraße wird die Aufführung der Operette „Die Dielenbege“ auf Donnerstag, den 21. verschoben.

Verbandsstagung der Amateurphotographen. Der Verband Deutscher Amateurphotographen-Berliner wird vom 16. bis 18. September in Leipzig zum erstenmal nach dem Kriege wieder zu einem Verbandstagung zusammenzutreten. Am Leipziger Buchgewerbehause soll gleichzeitig eine Bilderausstellung stattfinden.

Preussischer Landtag.

41. Sitzung, Freitag, den 15. Juli 1921.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Delegation für den preussischen Anteil der Erzdiözese Osnabrück. Die Delegation soll eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes bilden, die preussischen Gelehrten über das Aufsichtswesen des Staates bei der Vermögensverwaltung über die Schaffung wirklicher Hilfsfonds und die über die Erhebung von Abgaben solle auch auf diese Körperschaft Anwendung finden.

Abg. Bräuner (Soz.): Meine Freunde werden wie im Ausschuss (so auch jetzt im Plenum) gegen den Antrag des Rechtsausschusses stimmen. Wir können nicht einsehen, daß für den Zweck wie hier gefordert, wieder so große Aufwendungen im Betrage von 127 000 Mark gemacht werden sollen. Schon werden sich die Vertreter des evangelischen Glaubensbekenntnisses und stellen ebenfalls Forderungen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Kosten solcher Einrichtungen von den Beteiligten selbst aufgebracht werden müssen. Der einzige Weg, der hier beschritten werden muß, ist eben die Trennung von Kirche und Staat. Wir werden gegen den Ausschussantrag stimmen.

Abg. Kilian (Komm.): Wir lehnen die Vorlage ab. Man will mit dieser Diktate nur eine politische Komposition aufrechterhalten. — Das Gesetz wird gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien angenommen.

Weiter findet eine Entschließung Annahme, wonach Schritte getan werden sollen, um für die evangelische Bevölkerung der Grenzmark einen Provinzialniederbinderbau zu errichten.

Es folgt nun die Beratung des Antrages über die Genehmigung der strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Schölem (Komm.) wegen Beleidigung.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) empfiehlt als Berichterstatter die Annahme des Ausschussantrags, die Genehmigung zur Strafverfolgung nicht zu erteilen. — Das Haus beschließt demgemäß.

Der Antrag auf Einstellung des Verfahrens gegen den kommunistischen Abgeordneten Rabold wegen Beleidigung wird angenommen.

Es folgte die zweite Beratung des Entwurfs über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Ansiedlung. Verbunden wird damit die Beratung des Antrags Schreiber-Halle (Dem.) über die Erhöhung der Mittel für Zwischentredite zur Förderung der Bildung von Rentengütern.

Abg. Braun (Soz.): Wir stimmen dem Gesetz zu, hatten aber 300 Millionen Mark nicht für ausreichend und beantragen daher, stattdessen 500 Millionen Mark zu bewilligen. Wenn schon einmal ein Kreditgesetz gemacht wird, dann soll man doch mit einmaligem Aufbringen, um bei der Ansiedlung auch etwas zu erreichen. Wenn man berücksichtigt, daß die Geldentwertung seit der Vorkriegszeit etwa neun Zehntel beträgt, so können wir mit einem Betrage von 300 Millionen in der Siedlungsfrage nicht einmal die Friedensleistungen erreichen. Ich halte es nicht für sicher, daß solche Mittel für Uebertuerungsanstalten noch in Zukunft zur Verfügung gestellt werden. Es wird darauf hinauslaufen, daß wir überhaupt nur noch vermögende Ansiedler von der Möglichkeit, sich anzusiedeln, Gebrauch machen können. Aus allen diesen Gründen bitte ich, unserem Antrage zuzustimmen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dollmer (Dnat.) spricht gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Abg. Kilian (Komm.) lehnt den Ausschussantrag ab.

Abg. Graf Stolberg (D. Vp.) und Abg. Dr. Benborn (Dem.) treten für Annahme des Ausschussantrages ein.

Landwirtschaftsminister Warmsloh: Vorläufig kommen wir mit den 300 Millionen aus und würden fürs erste für größere Summen noch keine Verwendung haben. Wir werden aber bald eine neue Vorlage einbringen, die möglichst alle Wünsche berücksichtigen soll.

Abg. Braun (Soz.): Eine planmäßige Siedlung ist unmöglich, wenn die Siedlungsvereine sich nach der finanziellen Bede strecken müssen. Ohne größere Mittel können sie nicht im Sinne des Reichsiedlungsgesetzes arbeiten.

Damit schließt die Aussprache. — Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Mittel für die Ansiedlung von 300 auf 500 Millionen wird gegen die sozialistischen Parteien und Demokraten abgelehnt. — Der Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung von Ansiedlungen wird sodann in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso ein demokratischer Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den die staatlichen Mittel zur Förderung der Rentengutbildung auf 200 Millionen Mark erhöht werden sollen.

In zweiter und dritter Beratung angenommen wird ferner der Gesetzentwurf betreffend Uebernahme der Verpflichtungen des Saarbrücker Knappschaftsverbandes gegenüber dem Knappschaftlichen Rückversicherungverband in Charlottenburg durch den preussischen Staat.

Es folgte die Fortsetzung der Aussprache über den Notetat. Zunächst ergreift Minister Klotz das Wort.

Bei der „Roten Fahne“ wurde am 12. Juni auf Grund von Anzeigen eine Hausdurchsuchung nach Blättern vorgenommen. Diese hat nach dem Bericht des Polizeipräsidenten ergeben, daß eine Uebersicht über die Paragrafen des Pressegesetzes und des Strafgesetzbuches vorliegt. Der Polizeipräsident hat daraufhin die Blätter beschlagnahmen lassen und die gerichtliche Beschlagnahme beantragt. Das zuständige Amtsgericht Berlin-Mitte hat diese Maßnahmen gebilligt. Auf die kommunistische Anfrage, ob das Staatsministerium das Verhalten des rechtssozialistischen Berliner Polizeipräsidenten billigt, antwortete ich: Ja! Der angegebene Erlaß von mir, vom 6. Juni, daß alle nicht angemeldeten Versammlungen unbedingt aufzulösen sind, konnte trotz eifrigster Nachforschungen in meinem Ministerium bisher nicht ausfindig gemacht werden. Ich wäre Herrn Gschle sehr dankbar, wenn er mit diesen Erlaß verschaffen könnte. (Heiterkeit.)

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Strafantrag im U-Boot-Prozess.

Delpzig, 15. Juli. (WBZ.) In dem Prozess gegen die beiden U-Boot-Offiziere Dillmar und Boldt wurde heute die Beweisaufnahme geschlossen. Der Oberstaatsanwalt beantragte am Schlusse seines Plädoyers gegen die beiden Angeklagten wegen versuchten Mordes je vier Jahre Zuchthaus.

Die ungünstigen Stadtverordnetenwahlen.

Die Rechtslage nach der Ungültigkeitserklärung der Groß-Berliner Gemeindevahlen ist folgende: Die Beschlüsse der bisherigen Stadtverordnetenversammlung, soweit sie nicht etwa von den Aufsichtsbehörden beanstandet worden sind, bleiben rechtsgültig. Die von der Stadtverordnetenversammlung gewählten ehrenamtlichen Gemeindebeamten scheiden mit dem Ablauf der Stadtverordnetenmandate aus, führen aber die Geschäfte ebenso wie die Stadtverordnetenversammlung bis zur Neubildung weiter. Inzwischen wird die Wahlordnung durch eine Notverordnung des Staatsministeriums geändert werden, weil gewisse Bedingungen des Gesetzes Groß-Berlin die Wahlordnung zu sehr eingeschränkt haben. Zu dieser Notverordnung gehört die Zustimmung des ständigen Ausschusses des Preussischen Landtages. Bei dieser Verringerung der Wahlordnung will man darauf Rücksicht nehmen, daß etwa einwirkende Ungültigkeiten der Wahlen nicht auf ganz Groß-Berlin zurückwirken, sondern auf zu bildende Wahlkreise beschränkt bleiben. Selbstverständlich kann das aber nicht gemacht werden, daß die Stadtverordneten selbst nur von einzelnen Wahlkreisen, und nicht mehr von ganz Groß-Berlin gewählt werden; einer derartigen Verringerung steht das Gesetz Groß-Berlin im Wege, welches Groß-Berlin zu einer Einheit macht.

Groß-Berlin

Die Kriegsarbeit der Stadt Berlin.

Ein Rückblick auf fünf Jahre der Zwangswirtschaft.

In dem Augenblick, wo die aus den Kriegsjahren in die Friedenszeit hinübergenommenen Reste der Zwangswirtschaft ein Stück nach dem anderen beseitigt werden, ist das im Auftrage des Berliner Magistrats durch Stadtkommissar Dr. Ernst Raebber herausgegebene und jetzt erschienene Buch „Berlin im Weltkriege“ (Berlin, Trovitzsch u. Sohn, 1921, 367 S.) von besonderem Interesse. Das lehrreiche Werk, zu dem alle Verwaltungsstellen der Stadt das Material zusammengetragen haben, beschränkt sich zwar nicht auf eine Schilderung der Kriegswirtschaft des Gemeinwesens Berlin, sondern gibt einen Ueberblick über die gesamte Gemeindeverwaltung in den Kriegsjahren und ist in dieser Hinsicht ein Erfahrungsbericht für die bisher üblich gewesenen fünfjährigen Verwaltungsberichte des Magistrats. Aber die Kriegswirtschaft nimmt darin einen sehr breiten Raum ein, sie, die in den Kriegsjahren die wichtigsten der kommunalen Aufgaben geworden war, weil in der Not jener Zeit die Beschaffung des Unentbehrlichsten, der Nahrung, der Kleidung, des Obdach, der Möbel usw., eine behördliche Regelung mehr als je heischte. Von den Hindernissen, die der Gemeindevverwaltung sich entgegenstellten und mit ihrer Schwere sie zu erdrücken drohten, hat in den Kriegsjahren die breite Masse der Bevölkerung wenig erfahren; sie sah nur die Wirkung, den an allen Ecken und Enden sich fühlbar machenden Mangel. Da gibt uns manchen sehr lehrreichen Aufschluß dieses Buch, das uns zeigt, welche Aufgaben zu lösen, welche Kosten zu übernehmen, welche Leistungen zu bewältigen waren. Auch das tritt aus dieser nüchternen Darstellung der Berliner Kriegswirtschaft klar hervor, daß in den Kriegsjahren die Geldnöte Berlins begannen, die nach unaufhaltsamer Steigerung heute der Stadt die Erfüllung ihrer sozialen Pflichten so sehr erschweren. Wesentlich verschwiegen das die bürgerlichen Parteien, die über „sozialistische Mißwirtschaft“ des mit der Revolution einsetzenden Zeitabschnittes sprechen und dem Gemeinwesen Berlin die Wiederherbeiführung „geordneter Zustände“ verheißen, falls man bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen ihnen zur Herrschaft verhelfen will.

Verurteilung einer Falschmünzerverbände.

Eine große Falschmünzerverbände ist durch das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bruns zu langjährigen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt worden. Die Sitzung, die sich gegen acht Angeklagte richtete, ging gestern nach viertägiger Verhandlung zu Ende.

Die Angeklagten hatten im Sommer 1919 eine ziemlich schlecht nachgemachte Fälschung der Fünzigmark-Hilfsbanknoten vom 30. November 1918 herausgebracht. Obwohl die Fälschung sehr schlecht ausgeführt war, wurde sie in vielen Exemplaren, hauptsächlich in Groß-Berlin verbreitet, weil die Betreiber, fast ausschließlich Angehörige des Verbrechertums des Wedding und ihres Anhangs, die Scheine meist in kleinen Geschäften in der Dämmerstunde oder bei Straßenhändlern gegen Abend im Zwielicht in Zahlung gaben. Außer den acht Angeklagten waren in das Verfahren noch drei andere Personen verwickelt, die aber inzwischen ums Leben gekommen sind. Der Kellner Erich Arnold wurde bei seiner Festnahme bei einem Fluchtversuch erschossen. Ein anderer, unter dem Spitznamen „Bogermogel“ auf dem Wedding bekannter Max Hoffmann wurde in einem Wirtshausstreit erschossen. Der Hauptangeklagte, der Geldscheinbrecher Max Böhmke, farb im Untersuchungsgesängnis am zweiten Verhandlungstag vor Aufregung an Herzschlag. Die übrigen Angeklagten wurden gestern nach zweieinhalbstündigem Plädoyer des Staatsanwaltsrates Dr. Arndt zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Der Gemischtändler Richard Weidner, in dessen Wohnung seinerzeit die Fälschschneide gedruckt worden waren, erhielt vier Jahre Zuchthaus. Der Altfeinbändler Richard Löwe erhielt vier Jahre Zuchthaus, der unter dem Spitznamen „Kattorf-Otto“ bekannte Otto Hubatsch erhielt ein Jahr und neun Monate Gefängnis, der Metallbrecher Fritz Brandt, der bereits wegen einer anderen Falschmünzerverbände zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt ist, eine Zuchthausstrafe von ein Jahr sechs Monaten, der Pferdehändler Max Michaelis erhielt drei Jahre und sechs Monate Zuchthaus, der Drucker Albert Otto zwei Jahre und sechs Monate Zuchthaus. Otto und Brandt waren von der Fälschungsdabeileitung bei einem neuen Versuch, wieder falsches Geld herzustellen, ergriffen worden. Diefershalb ist Brandt früher schon verurteilt worden, während Otto, der seinerzeit in der Försterei Eisenau bei Stettin mit mehreren anderen Spießgesellen eine neue Fälschung versucht hatte, dabei aber von der Fälschungsdabeileitung überführt worden war, sich wegen dieser Straftat demnachst nochmals vor Gericht zu verantworten hat. Der Schlosser Willy Wengel, der früher an einer Brotartenfälschung beteiligt gewesen ist, wegen der er ebenfalls noch verurteilt werden wird, erhielt zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis. Der Schlächter Albert Klein Schmidt endlich zwei Jahre und sechs Monate Zuchthaus. Klein Schmidt war der Verbreiter der Fälschungsscheine. Allen Beschuldigten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 bis 8 Jahren abgesprochen und bei den mit Zuchthaus bestraften auch die Stellung unter Polizeiaufsicht für zulässig erklärt.

Für die Gemeinschaftsschule. Die Eltern der 31. und 32. Schule Rütlistraße, Neukölln, beschloßen in einer Elternversammlung am 5. Juli in Klammers großem Saale einstimmig die Umwandlung dieser Schulen in eine Gemeinschaftsschule. Die beiden Referenten, Lehrer Weimann und Schmidbauer gaben noch einmal in gedrängter Kürze ein Bild der neuen Schule. Während ersterer den Geist des Gemeinschaftsgebauens in kurzen Worten nochmals kennzeichnete, erläuterte letzterer die vorher verlesenen organisatorischen Richtlinien. Starker Beifall lohnte die Redner, und alle Anwesenden gelobten, mit vereinter Kraft dem gesteckten Ziele zuzusteuern. Schwer und überaus reich an Rückschlüssen und Entwürfen wird der Weg sein, doch unaufhaltsam schreitet der Gemeinschaftsgebau, welcher nur allein ein wirklich freies Geschlecht, starke, unbeeinflusste Menschen heranbilden kann. Aufgabe aller Arbeiterkämpfer ist es, daran mitzuarbeiten, daß die Schulen von einem Geiste erfüllt werden.

SD.-Eternbeiräte! Achtung! Die Sprechstunde fällt bis zum 18. August aus.

Gegenüber dem wiederholt und dringend geäußerten Wünschen unserer Elternbeiräte auf Zustellung des Auftrags des Stadtkommissars Paulsen verweisen wir auf die Sondernummer 12 der Zeitschrift „Der Elternbeirat“, die „die Gemeinschaftsschule“ behandelt und außer dem „Auftrag“ die Programmdreie Paulsens in der Stadtverordnetenversammlung enthält, sowie von Heintzen einen Beitrag aus der Praxis der Hamburger Gemeinschaftsschule, die Paulsen früher leitete, und Aufsätze von Karsten und Jensen. Wir empfehlen allen Elternbeiräten, sich dieses Heft vom Verlag für Sozialwissenschaft, Lindenstr. 114, gegen Einzahlung von 1,50 M. (Postcheckkonto: Berlin 27 576, sowie in der „Norma“-Buchhandlung, Lindenstr. 3, zu beschaffen.

Die Dungsabfälle am Urbanhafen, die wir in Nr. 323 schilderten, soll — wie wir erfahren — eingehen. Das Polizeipräsidium ist entschlossen, die Fortsetzung des gesundheitsgefährlichen Treibens nicht zu dulden. Bravo!

Der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin teilt mit, daß die Fachabteilung für das Fleischergewerbe (Stadt-Abteilung), Berlin, R. 24, Friedrichstraße 110/112, am 15. Juli 1921 eine Abteilung für Verkaufserinnen eröffnet. Vermittlung kostenlos an Fleischermeister und Wurstgeschäfte in der Zeit von 1 bis 3 Uhr nachmittags. Bestellungen erbeten durch Anruf Norden 2186 bis 2190 und 2195 bis 2190.

Achtung, Jungsozialisten! Die im heutigen Morgenblatt veröffentlichten Veranstaltungen finden nicht morgen, sondern heute statt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Das Wetter für morgen.

Trocken und überwiegend heiter, etwas wärmer, bei größtenteils schwachen veränderlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sonntag, den 17. Juli:

1. Kreis, Wedding. Besichtigung und Führung durch den Botanischen Garten in Dahlem. Treffpunkt im Wirtschaftshof A. & S. um 9 1/2 Uhr. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Charlottenburg-Expedition. Die Juristische Sprechstunde findet jetzt jeden Sonntag von 5-6 Uhr im Jugendheim Charlottenburg, Kolonnenstr. 4, n. 1. Entgelt. Botanische Expedition, Partei- oder Gewerkschaftsbuch legitimiert.

Sozialdemokratischer Männer-Chor „Kreuz-Brandenburger Chor“. Sonnabend, den 16. Juli, abends 7 Uhr, im Saal des Sangesbruders R. Goldschmidt, Stolpische Straße 30. Mitglieder-Generalversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Lautsprecherclub „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Köpenick. 16. und 17. Juli: Singschule am Langen See (Marientuft), hinter Lendenkloß. Wocher (Samstags-Gruppe): a) am Sonntagabend ab Charlottb. 4, 23; Alexanderpl. 649; Schief. Str. 655. — b) am Sonntag früh ab Charlottb. 7, 32; Alexanderpl. 750; Schief. Str. 800.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Revolutionsmache.

In der „Roten Fahne“ werden die den beiden sozialdemokratischen Parteien angehörenden Mitglieder des Metallarbeiterverbandes als „die Kengstlichen“ bezeichnet, weil beide Gruppen sich über eine gemeinsame Liste für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag verständigt haben. Die Glossierung dieses Zusammengehens in der „Roten Fahne“ zeugt von dem Verger der kommunistischen Rührergewalt über das notdürftig zurechtgeräumte Kompromiß, das ihnen die angenehme Rolle des lachenden Dritten total verdröben hat.

Der kommunistischen Propaganda im allgemeinen, und der im Metallarbeiterverband im besonderen, soll die Veröffentlichung einer Resolution dienen, die der letzten Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter als Antrag unterbreitet wurde, der jedoch noch nicht zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung kommen konnte. Obwohl die Herrschaften alle Ursache hätten, ihre drei direkten Aktionen im Berliner Gewerkschaftshaus nicht immer wieder in Erinnerung zu bringen, suchen sie unter zweckentsprechenden Verdröben Kapital daraus zu schlagen. Jetzt diese Resolution auch weniger von List und Schlaubeit, so ist sie um so stärker in der Verdröben der Wahrheit. Die Frage, ob die Arbeitslosen oder die Angestellten zuerst zu Tätigkeiten übergegangen sind, ist von untergeordneter Bedeutung.

Aus einer feststehenden Tatsache, an der alle Regeln des kommunistischen Moralkodex abrotzen, sucht man eine Frage zu machen, erklärt sie von untergeordneter Bedeutung, will aber trotzdem eine Untersuchungskommission, die zur Hälfte aus Erwerbslosen — den vorgeschobenen Akteuren wahrheitslieblich selber — und zur anderen Hälfte aus in Arbeit stehenden Mitgliedern gebildet werden soll. Die Drachzieher verlangen, daß die Verammlung der Metallarbeiter „unbeschadet des zu erwartenden Berichts“ bereits das „feststellt“, was die Kommunisten „festgestellt“ wissen wollen: daß die Erwerbslosen durch die Haltung der Gewerkschaftsführer gereizt worden seien am 20. Juni — nachdem sowohl Knoll als Sahajah zuvor dem Verlangen nachgekommen waren, über die 10 Punkte zu sprechen, und dabei in der gemeinsamen Weise beschimpft und malträtiert wurden; nachdem sich herausgestellt hatte, daß die überwiegende Mehrzahl der bereits zweimal ins Gewerkschaftshaus abkommandierten Arbeitslosen unorganisiert waren —, daß weiter „sich die Arbeitslosen nicht zuletzt durch die Schuld des ADGB in einer verwerflichen Lage befinden“; daß der ADGB den taufenbüßig befundenen Kampfwillen ständig mißachte usw. Schließlich wird eine allgemeine Massenaktion gefordert, um die Geschäfte der RPD wieder in Gang zu bringen. Das ganze Redewerk liegt in einem Appell aus an die Mitglieder aller Parteien und Gewerkschaften, über alle trennenden Grundfäse hinweg sich zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind zusammenzufinden.

Diese unglaubliche Verlogenheit hat eben in dem gemeinsamen Vorgehen der sozialdemokratischen Metallarbeiter beider Richtungen ihre Würdigung gefunden. Sie sind gezwungen, gemeinsam den Kampf zu führen gegen den gemeinsamen Feind, die kommunistische Niederträchtigkeit.

Drohender Streit der Bankangestellten.

Unterwerfung oder Kampf? Das war die Frage, mit der sich die öffentliche Versammlung der Bankangestellten in der Brauerei Königsplatz am Donnerstag beschäftigte. Als erster Redner sprach Rarg. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten habe den Schiedsspruch abgelehnt, vom Deutschen Bankangestelltenverein sei er aber mit einigen Vorbehalten angenommen worden. Am Freitag werde nochmals verhandelt. Der Allgemeine Verband könne dem Spruch nicht zustimmen, weil derselbe kein ausreichendes Existenzminimum gewähre. Seitens der Bankangestellten — so führte der Referent weiter aus — ganz andere Konzeptionen gemacht werden, wenn ein Tarifvertrag im deutschen Bankgewerbe zustande kommen soll. Ein tarifloser Zustand dürfte die Bankangestellten viel unangenehmer werden, als den Angestellten, die dann sündig freie Hand hätten. Die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten sind bereit, die Konsequenzen zu ziehen, sofern das erforderlich sein sollte. Daß das Bankgewerbe den Angestellten sehr wohl eine auskömmliche Existenz gewähren könne, dafür sprächen die enormen Summen der Lantieren, die man den Herren Aufsichtsräten zuwendet. Nicht Unterwerfung, sondern unerbittlicher Kampf werde die Lösung der Angestellten sein. (Stürmischer Beifall.)

Emonts sprach im gleichen Sinne. Er hob hervor, daß man den Angestellten zumuten wolle, statt 7 1/2 Stunden 8 Stunden zu arbeiten. — Auch die folgenden Redner sprachen sich für den Kampf aus. — Beschlossen wurde, an die streikenden Bankangestellten in der Tischschloßowatei ein Sympathietelegramm abzuschicken.

Schließlich wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß die Bankangestellten bisher in allen Verhandlungen im Arbeitsministerium laudare Enttäuschungen erlitten haben. Sie sind nicht länger gewillt, von Verhandlungen zu Verhandlungen diese Enttäuschungen weiter zu ertragen. An alle Kollegen, insbesondere an die unorganisierten, ergeht deshalb die Aufforderung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten, sich ihm anzuschließen und den unmittelbaren gewerkschaftlichen Kampf mit aufzunehmen.

Wichtig ist, daß der Schiedsspruch heute abgeändert und dadurch eine Verständigung herbeigeführt wird.

Bezirksverb. BerlinSPD.
12. Abteilung.
Am 13. Juli, nachmittags
9 1/2 Uhr, verliert unsere
terre Parteilgenossin
Wilhelmine Wunsch
geb. Binder, Waldemarstr. 19
im Alter von 74 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, 16. Juli, nachm.
5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des alten Thomas-
Kirchhofs, Kreuzf. 1, Per-
mannstr. 10, aus.
Um rege Beteiligung bitte!
Der Abteilungsleiter:
H. H. H.

**Deutscher Metallarbeiter-
Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nach-
richt, daß unser Kollege,
der Bergungsmacher
Wilhelm Malkewitz
Friedrichsallee,
Königsplatzstr. 4,
am 11. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Ruhebetten
200 Mk.
gute Verarbeitung, kein Papierbezug
Girndt, Neukölln,
Hauptstr. 2
Tel.: Neukölln 1298

Kommen Sie!
Überzeugen Sie sich!
Ihren Bedarf in
Möbel
kaufen Sie nirgends so
billig und gut wie bei mir
Offiziere
solange Vorrat reicht:
Schlafzimmer eiche
kompl. m. Schrank 3750.—
Bücherregal u. St. 1250.—
Speisezimmer eiche
kompl. m. Tisch u. 2970.—
Stühlen von St. 2970.—
Herrnzimmer eiche
kompl. mit 100 cm
großem Schrank 4650.—
von St. 1250.—
Küchen mod. l. od. r. 125.—
Gardinen
Einzelmöbel in gr. Auswahl.
Billige Tischler-, Holz-
und Metallarbeiten
Neugebauer
Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 128, 1
Ecke Schillerstr., kein Laden

Gardinen!
Sonderangebote
und Gelegenheitskäufe
in Resten
Stores, Bettdecken
Madras- und Künstler-
Gardinen
Spezial-Gardinenwerkst.
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof

Bettwäsche
Deckbett 62/73, Kissen 16.—
Damenhemd 24.—, Hand-
tücher, Männerhemden,
Schürzen billig. Insekt
ausgeschw. verarbeit. 6 Proz.
Eckebrecht Damen-
hemde 93

1 Paar Schuhe gratis



erhalten Sie nicht, aber Sie kaufen bei
uns Schuhwaren zu folgenden
Spottpreisen!

- Lackspangenschuhe beste Ausführung, eleg. chicke Form M. **138⁰⁰**
- Braune Chevr.-Spangenschuhe sehr gute Verarbeitung, M. **98⁵⁰**
- Braune Chevr.-Schnür-Halbschuh la Qualität, auf-
fallend billig M. **122⁰⁰**
- la R.-Chevr.-Spangenschuhe schöne Form, moderner
hoher Absatz, Spottpr. M. **69⁰⁰**
- Herrenstiefel sehr starke Ausführung, best. Strapazierstiefel M. **75⁰⁰**
- Herrenstiefel besonders gute Verarbeitung, gute Laßform,
enorm billig M. **98⁰⁰**
- Ein Posten braune Kinderstiefel bequeme, breite Form, Extra-
Angebot GröÙe 27/30 M. **82⁰⁰**
GröÙe 31/35 M. **88⁰⁰**
- Braune echt Chevr.-Derbyschuhe best. Fabrikat, eleg.
Straßenschuh M. **145⁰⁰**

Die Preise gelten nur bis zum Schluß des Saison-Aus-
verkaufs am Sonnabend, den 16. Juli, abends 7 Uhr.

Deutsche Schuh-Centrale
Kottbuscher Damm 13, Ecke Schönleinstraße

Stinnes Neu!
und seine
60000 Arbeiter
Von Kurt Heinig
Eine überaus interessante Schrift, die Hugo
Stinnes Herkunft u. Aufstieg schildert, sowie
seine ganze ungeheuerliche Macht, seine Be-
teiligungen, Einflüsse und Operationen auf
Grund eines reichen zuverlässigen Materials
kritisch aufdeckt.
Preis 2,50 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Metallankaufsstelle
Osten,
Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
**Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.**
Zinn u. Blei
sowie alle Aitmetalle kaufen
zu Tagespreisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74,
Telephon Moritzplatz 9255

Arbeitskleidung
Hosen
von 45.— bis 225.— M
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh. Köhnen
Neukölln, Hermannstr. 76/77

Lombard-Haus
H. Graf, Leipz. Str. 75 II
Höchste Beheizung
Diskret., Realiste
Gefühls-
kaffe, Uhren,
 Brillanten,
 Schmucksachen.
10—50% unter Ladenpr.

Möbel
zu niedrigsten Preisen
bleibt an Privat-
Wohnmöbel.
Schlafz. 1688—18745 Gr.
Speisez. 1710—19475 Gr.
Bettz. 1750—17945 Gr.
Wohnz. 575—5990 Gr.
Küchen 445—2385 Gr.
Bücherregal, Regal, Uhr-
regal, Tisch, Stuhl, Sessel,
Möbel-Haus Rejowski
Berlin, Dabstr. 66

Der Zeitpunkt rückt 'ran-

an dem wir unsere bisherigen Geschäfts-
räume verlassen müssen. Um den Umzug
zu erleichtern, verkaufen wir zu folgenden
fabelhaft billigen Preisen:

- Oberhemdblusen weiß und gestreift aus
guten Zephyrstoffen **29⁷⁵**
- Wettermäntel aus haltbaren Stoffen in
marineblau, braun, grün **79⁵⁰**
- Voileblusen mit echten Filetmoti-
ven in modernsten
Formen 145⁰⁰, 128⁵⁰ **89⁵⁰**
- Regenmäntel imprägniert aus Rips-
stoffen oder guten glatten
Geweben 169⁵⁰ **125⁰⁰**
- Waschkleider aus Crepon oder Batist
in hellen und dunklen
Mustern 69⁵⁰, 59⁰⁰ **49⁰⁰**
- Frauen Mäntel 10 Tuch, schwarz u. marine
auch in weiten Größen **395⁰⁰**
- Kleiderröcke gestreift Voile, Frotté
und Leinen 49⁵⁰ **25⁰⁰**
- Trauerkleider aus guten Wolstoffen, Back-
fisch u. Damengrößen 295⁰⁰ **195⁰⁰**
- Wollene Mantelkleider marineblau und in
vielen Farben 395⁰⁰ **275⁰⁰**
- Jackenkleider aus guten Stoffen, einfarbig
oder kariert auf Futter
295⁰⁰, 195⁰⁰ **79⁵⁰**
- Strickjacken reine Wolle in hellen
und dunklen Farben
sehr feich 245⁰⁰ **175⁰⁰**
- Seidene Kleider marineblau u. in anderen
schönen Farben mit
apparter Stickerei **248⁰⁰**

3 Serien
Kinderkleider
aus weißen und gemus-
terten Waschstoffen
spottbillig
Serie III Serie II Serie I
59⁷⁵ 39⁷⁵ 29⁷⁵
Indemann & Co
Berlin-Schöneberg Hauptstr. 149

Neuköllner Möbel Vertrieb
Ludwig Rogasner
Köpenicker Str. 60, Ecke Anhalterbhf.
FRANZOSA, BERLIN 9000
**Spec. Schlafzimmer
Küchen**
Bekannt für meine Qualitäten u. Preise

Korbmöbel
Kaufen Sie am weitestgehenden diebstahl-
festen
A. Sedau
Werkstätten für Korb- u. Möbelfabrik
Königsplatzstr. 1739
Ausstellung und Verkauf nur
Neukölln, Anhalterbhf. 20.

**haut- u. Geschlechts-
Krankheiten**
Unterleibskrankheiten, Syphilis, Tripper und venereale,
bei Männern u. Frauen; ohne Berufshörung,
heilbar nach über 20 Jahre bewährt durch
Gunderte Geheile. — Sprech- u. Behandlungszeit:
9—1, 4—7 1/2, Sonntag: 9—1 — helianthol. Licht-
therapie und Naturheilverfahren.
Berlin SO 18, Brüderstr. 10b (Bhf. Jannowitzbr.).
Prof. Dr. med. P. Mistelsky, Arzt,
approb. im Auslande, v. d. deutsch. Regierung anerkt.
30jährige Praxis

Nutzeisen
Stahlsisen, Bleche, T-Träger, U-Eisen, Rohre,
Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstapfen
usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben
Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln
Weserstr. 85/86 — Tel. Neuk. 4170
COHN & BORCHARDT
Zentrale: Lichtenberg, Ritterg. 47/48
Telegr.-Adresse „Ercobor“. Tel. Lichtenbg. 646-647

Zähne v. 8 M.
Teilzahlung, 3 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb.
an 3.—, Zahnziehen m. Einspr. höchstschmerz-
los. Umarb. schlechtsitz. Gebisse. Rep. sof.
Zahnarzt Dr. Wolf, Potsdamer Str. 65, Hochb. Sprechz. 9-7.

KORBMEBEL
für Gärten, Balkone, Wohn-
zimmer in moderner u. dauer-
hafter Ausführung. Korbsessel
von M. 48 an. Große Auswahl.
Besichtigung erbeten.
Heinrich Kaese
Korb- u. Rohrmöbelfabrik
Neukölln, Berliner Str. 69,
Quergeb. part. (Kein Laden.)

Schlechtsitzende Korsette
werden nach jeder Figur, passend unter
Garantie, tadelloß umgearbeitet
Reparaturen, Änderungen u. Korsettwäsche
jeglicher Art übernimmt u. führt äußerst preiswert aus
Korsettfabrik Richard Nedde
1. Geschäft: Berlin - Karlshorst, Treskow-Allee 63
2. Geschäft: Berlin - Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 36
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 28
Ecke Alte Jakobstraße 1248

Alles in den Schatten stellend sind unsere jetzigen Preise
Einmaliges Angebot! Letzte Tagel
Herrn-Anzüge, teils auf Seide, Wert
bis 800 M. Jetzt **300, 350, 400 M.**
Ferner: Kreuzfische, Sealmäntel usw.
50% herabgesetzt. — Keine Lombardware
Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58 a
Jackett-Anzüge, Cutaways, Mäster
teils auf Seide, jetzt 400—500 M.
Gummimäntel, Damen-Kostüme,
-Mäntel, Teppiche, Wäsche, Gardinen
enorm billig! Nach beend. Saison
50% billiger: Kreuz-, Zobel-, Blau-,
Weiß-, Silberfische. Keine Lombardw.

Eisenstaedt's Schuhvertrieb Gegr. 1906
Tempelhof, Berliner Strasse 85
Ich führe nur **erstklassige** Fabrikate und verkaufe dieselben infolge **geringer Spesen** zu den allerbilligsten Preisen!
Saison-Ausverkauf nur erstklassiger Schuhwaren!
Damen-Schnür- u. Spangenschuhe auch in Lack. 69⁰⁰ 78⁰⁰ 89⁰⁰ 108⁰⁰ 125⁰⁰ usw.
Damenstiefel schwarz u. farbig, auch Lackbesatz 85⁰⁰ 110⁰⁰ 125⁰⁰ 148⁰⁰ 165⁰⁰ usw.
Herrenstiefel u. Halbschuh schwarz u. farbig 98⁰⁰ 112⁰⁰ 118⁰⁰ 135⁰⁰ 155⁰⁰ usw.
Kinderstiefel, Schnür- u. Spangenschuhe nur beste Fabrikate deutscher Schuhfabriken
naturnormales Formen, enorm billig!
Leinenschuhe, weiß und grau beste Ledersohlen und Ab- 48⁰⁰ 58⁰⁰ 68⁰⁰ 76⁰⁰
alt.
Rest- und Einzelpaare, nur Qualitätsware, unglaublich billig!
Sandalen, Hausschuhe, Tennisschuhe, Turnschuhe, grosse Auswahl
zu enorm billigen Preisen
Nur Tempelhof, Berliner Str. 85 ■ 2. Geschäft Landsberger Str. 82, I. Etage
Kein Laden! Eine Treppe!



Kein Laden! Eine Treppe!